

## Von skrupellosen Rüstungsexporteurern für Jemen-Krieger zu „Rettern in der Corona-Not“



# Kriegswaffen- exporteur GroKo profitiert von Corona-Krise

Jürgen Grässlin

**E**in Gutes hat die voranschreitende Ausbreitung des Corona-Virus – zumindest für die Bundesregierung und die Kanzlerin. Bis vor wenigen Wochen noch mussten sich die Regierenden in Berlin zwei bitterböse Anschuldigungen gefallen lassen: Vorwurf Nr. 1: Laut Fünf-Jahres-Bericht des

Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI hat sich der Wert der von Deutschland exportierten Großwaffensysteme (Kampfflugzeuge, Militärhelikopter, Kriegsschiffe, Kampfpanzer etc.) im Zeitraum 2015 bis 2019 gegenüber der Periode 2010 bis 2014 um 17 Prozent erhöht. Das ist im internationalen Vergleich deutlich überproportional. Weltweit stieg dieser Wert um 5 Prozent. Vorwurf Nr.

2: Der von der GroKo für 2019 genehmigte Export von Kriegswaffen hat sich auf den neuen Negativrekord von rund acht Milliarden Euro hochgeschraubt – eine Steigerung um 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Doch der Virus-Import lässt diese Exporte leicht vergessen. Dabei schreitet die aktive Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden durch deutschen Waffenexport mehr

denn je voran. Unter den Empfängerländern befinden sich vielfach menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten. Auch die Abschottung der EU angesichts der Not Abertausender Flüchtlinge an der türkisch-griechischen Grenze und auf Lesbos rückt mehr und mehr in den Hintergrund – ebenso wie der Überlebenskampf Abertausender Menschen im Syrien- und im Jemen-Krieg.

Wie kann ihnen geholfen werden? Wie können die Kriegswaffenexporte Deutschlands z.B. an Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate – immerhin aktive Kriegsparteien im Jemen – verhindert werden? Warum liefert Deutschland weiterhin Kriegswaffen an Barbaren und Schlächter im Nahen und Mittleren Osten?

Fragen, die nach Antworten schreien. Doch zurzeit bewegt die Menschen all überal nichts mehr als die Gefährdung der eigenen Gesundheit. Selbstverständlich ist die Diskussion um Covid-19 für uns alle – und für Menschen in Risikogruppen ganz besonders – in vielerlei Hinsicht nachvollziehbar. Und notgedrungen sind die in den Medien diskutierten Fragen jetzt ganz andere: Wie kann ich die Ansteckung mit dem Virus vermeiden? Wann kann ich meine Familienangehörigen wiedersehen?

Doch sollten wir trotz der Corona-Krise nicht vergessen: Tagtäglich sterben Menschen weit weg vom ruhigen Deutschland im Kugel- und Bombenhagel der Sturmgewehre von Heckler & Koch und der Granaten von Rheinmetall. Und das mehr denn je. Corona bietet der Bundesregierung eine gute Gelegenheit, vom Vorwurf des hemmungslosen Kriegswaffenexporteurs abzulenken, um sich stattdessen als Krisenzampan in der Corona-Krise aufzuspielen. Das überzeugt zwar in der Praxis nicht (siehe S. 2). Doch der Schein reicht zunächst aus. Tatsächlich erweisen sich objektiv viele Auftritte der Regierenden in der Corona-Krise als Ablenkungsmanöver von den tödlichsten Kriegen des 21. Jahrhunderts mit deutschen Waffen und Soldaten.

Was bleibt zu tun? Lasst uns die Strafanzeigen des Europäischen Zentrums für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) und von Linken unterstützen, die die Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden juristisch angehen. Lasst uns den Offenen Brief u.a. von Greenpeace und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ unterstützen, in dem nachdrücklich ein völliger Stopp aller Kriegswaffenexporte an die Jemen-Kriegsallianz gefordert wird. Lasst uns mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE weltweit aufzeigen, wohin grenzenlos Waffen exportiert werden. Lasst uns den Tätern Name und Gesicht und den Opfern eine Stimme geben. Lasst uns vor den Werktoeren skrupelloser Waffenschmieden Blockade-Aktionen durchführen. Lasst uns vor dem Bundestag und dem Bundeskanzleramt gegen die Rüstungsexport- und Kriegslobbyisten demonstrieren.

Jürgen Grässlin ist u.a. Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Mitbegründer der Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch (KA H&K). 2018 initiierte Grässlin beim RIB e.V. das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) als ein weltweites Netzwerk gegen Waffenhandel, das Rüstungsexportskandale recherchiert und in mehreren Weltsprachen publiziert.

Zuletzt erschien: Jürgen Grässlin, *Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“ und Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden*. Grässlin wurde zuletzt mit dem „GRIMME-Medienpreis“ und dem „Marler Medienpreis Menschenrechte“ von Amnesty International geehrt. Kontakt: Tel.: 0049-761-7678208 · Mob.: 0049-170-6113759 · E-Mail: jg@rib-ev.de graesslin@dfg-vk.de

Weitere Informationen: [www.gn-stat.org](http://www.gn-stat.org) · [www.rib-ev.de](http://www.rib-ev.de) · [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de) · [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de) · [www.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com)

## Tödliche Waffen, mörderische Mauern Offener Brief an die Mitglieder des Bundessicherheitsrates und die Bundeskanzlerin

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt · Willy-Brandt-Straße 1 · 10557 Berlin

Berlin, 13. März 2020

Ein breites Bündnis aus Organisationen aus der Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfsorganisationen fordert: Umfassendes Rüstungsexportverbot für die Jemen-Militärkoalition

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
der Beginn des Kriegs im Jemen jährt sich bald zum fünften Mal. Im Jahr 2019 gab es mehr als 3.000 direkte Todesopfer, sehr viel mehr Menschen leiden an der durch den Krieg verursachten Not. 24 Millionen, oder rund 80 Prozent der Bevölkerung, davon 12,3 Millionen Kinder, sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. 10 Millionen Menschen leiden stark an Hunger, 3,2 Millionen sind akut mangelernährt – darunter zwei Millionen Kinder unter fünf Jahren und über eine Million schwangere und stillende Frauen. Im vergangenen Jahr ist zudem die Zahl der Cholera-Verdachtsfälle auf über 861.000 angestiegen, mehr als 1.000 Menschen sind an der Krankheit gestorben. Aufgrund der durch den Krieg vielerorts zusammengebrochenen Trinkwasser-, Hygiene- und Gesundheitsversorgung schweben viele Menschen in akuter Lebensgefahr. Die Menschenrechtslage ist weiterhin katastrophal und die Kriegsführung unverändert brutal. So kamen bei einem Luftangriff der Koalition in der Region Al-Hayjah Mitte Februar nach UN-Angaben mehr als 30 Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben. [...]

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern die Bundesregierung deshalb auf, das im September letzten Jahres gegenüber Saudi-Arabien verlängerte Rüstungsexportmoratorium erneut zu verlängern und weitere wirksame Schritte zu unternehmen, um den Nachschub an Waffen für den Krieg im Jemen zu unterbinden. Angesichts der nach wie vor eklatanten Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch die dortigen Kriegsparteien muss die Bundesregierung zwingend das Moratorium in ein umfassendes und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot für die Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition überführen. Dieses darf keine Ausnahmen für Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und bereits erteilter Exportgenehmigungen zulassen.

Die Bemühungen der Bundesregierung bei der Umsetzung des Hodeidah-Abkommens haben wir positiv zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat sie aber 2019 durch die Genehmigung von Waffen-

exporten an am Jemen-Krieg beteiligte Staaten im Wert von rund 1,1 Milliarden Euro die eigenen Bemühungen zur Beendigung des Konflikts konterkariert, denn es besteht nach wie vor eindeutig die Gefahr, dass mit deutschen Rüstungsgütern die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht im Jemen verletzt werden. Rüstungsexportgenehmigungen in Länder der Militärkoalition im Jemen stehen damit im eklatanten Widerspruch zu selbst gesetzten Vorgaben der Bundesregierung sowie nationalen, europäischen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen, wie sie sich aus dem Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union und dem internationalen Waffenhandelsvertrag ergeben.

Daher fordern wir Sie als Mitglieder der Bundesregierung auf:  
Verhängen Sie nun ein umfassendes, rechtlich verbindliches und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot gegenüber allen Mitgliedern der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen! [...] Dieses Rüstungsexportverbot darf keine Ausnahmen für Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und bereits erteilter Exportgenehmigungen zulassen.  
Folgen Sie der Entschließung des Europäischen Parlaments und setzen Sie sich für ein EU-Waffenembargo gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen ein.

Mit freundlichen Grüßen

### Nationale Organisationen und Bündnisse:

Aktion gegen den Hunger · Aktionsbündnis „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ · Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) · Amnesty International Deutschland e.V. · Ärzte der Welt e.V. · Brot für die Welt · CARE Deutschland e.V. · Deutscher Caritasverband e.V. · Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre · DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstverweigerer · ECCHR – European Center for Constitutional and Human Rights · Forum Ziviler Friedensdienst e.V. · Frauennetzwerk für Frieden e.V. · Friedensfestival Berlin e.V. · Greenpeace Deutschland e.V. · HelpAge Deutschland e.V. · IPPNW- Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. · NaturFreunde Deutschlands · Netzwerk Friedenskooperative · NRC Flüchtlingshilfe Deutschland · Ohne Rüstung Leben · Oxfam Deutschland pax christi – Deutsche Sektion e.V. · RüstungsInformationsBüro (RIB) · Save the Children Deutschland e.V. · Terre des hommes · urgewald

### Internationale Organisationen und Bündnisse

ACAT France – ACTION DES CHRÉTIENS POUR L'ABOLITION DE LA TORTURE · Alliance internationale pour la défense des droits et libertés „AIDL“ · ASER-Action Sécurité Ethique Républicaines · Handicap International e.V. PAX (Pax for Peace Netherlands)

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/termine-aktionen/offener-brief/#c11719>